

**03.06.2013**

**Niederschrift**

**Gleichstellungsausschuss**

am 06.05.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:55 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende/r**

Frau Heike Brossat

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Jürgen Kerl

Frau Bärbel Schmidt

Frau Manuela Werbinsky

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Frau Rosemarie Ahlers

Frau Marie-Luise Scheideler

anwesend bis 17.25 Uhr

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Michael Dobrowolski

Frau Claudia Gebhard

Frau Elke Middendorf

anwesend bis 17.45 Uhr

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Frau Rita Schröder

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Gabriele Wentzek

**Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE.**

Frau Petra Ondrejka-Weber

**Gäste**

Frau Birgit Unger, Geschäftsführerin Frauenforum im Kreis Unna e.V.

Herr Thomas Reuß, Personalleiter Aurubis AG

**Verwaltung**

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Frau Sengül Ersan, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Frau Brossat begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 3 und 4 wird getauscht. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** "Regionale Bündnisse für Chancengleichheit - Mehr Frauen in Führungspositionen"; Bericht des Unternehmensvertreters Thomas Reuß, Aurubis AG
- Punkt 3** Die Arbeit des Frauenforums im Kreis Unna e.V. und Ausblick; Bericht Birgit Unger
- Punkt 4** Sachstand Frauenübernachtungsstelle; mündlicher Bericht
- Punkt 5** 030/13 Jahresbericht 2012 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna. e.V.
- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2** **"Regionale Bündnisse für Chancengleichheit - Mehr Frauen in Führungspositionen"; Bericht des Unternehmensvertreters Thomas Reuß, Aurubis AG**

#### Erörterung

Herr Reuß von der Aurubis AG aus Lünen stellt sich vor und teilt mit, dass er Personalleiter und verantwortlich für das Projekt „Regionale Bündnisse für Chancengleichheit – Mehr Frauen in Führungspositionen“ sei.

Die Motivation zur Teilnahme an dem Projekt habe darin gelegen, die Attraktivität zu steigern, um Frauen für den Betrieb gewinnen zu können. Bisher seien bei der Aurubis AG nur 7 Prozent Frauen beschäftigt. Dies läge sicherlich daran, dass die Schwerpunkte Technik und Industrie seien. Die Belegschaft solle sensibilisiert und somit das typische Bild der Frau verändert werden. Man würde sich aber auch damit vor dem Hintergrund beschäftigen, weil der Bewerbermarkt rückläufig sei und es zunehmend schwieriger würde Personal und Fachkräfte zu gewinnen.

Die Aurubis AG habe bereits an Veranstaltungen und Bündnisdiskussionen teilgenommen. Durch die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF) sei mit den Führungskräften ein Workshop moderiert worden.

Herr Reuß führt aus, dass bei seinem Arbeitsantritt vor drei Jahren bei der Aurubis AG in der Produktion noch keine Frauen gewesen wären. Zurzeit seien zwei Nachwuchskräfte für Betriebsleiterinnen beschäftigt. Es existieren vier Kernbereiche bei der Aurubis AG, die Elektrolyse, die Schmelzbetriebe, die Probenahme und die Instandhaltung. Bisher seien dies reine Männerdomänen gewesen und Frauen hätte es nur in der Verwaltung gegeben. Seit dem letzten Jahr sei eine junge Frau in der Probenahme und seit dem letzten Monat eine junge Frau in den Schmelzbetrieben beschäftigt. Im Sommer beendet eine junge Mitarbeiterin ihre Ausbildung zur Produktionsfachfrau für Chemie. In Kürze würde eine junge Studentin mit der Ausbildung zur Mechatronikerin beginnen.

Aus Erfahrung könne er sagen, dass sich innerhalb eines reinen Männerteams sowohl die allgemeine Leistung als auch der Umgang miteinander verbessere, sobald eine Frau hinzu käme. Es ziehe selbstverständlich auch Probleme mit sich, denn innerhalb des Werkes müssten einige Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Es müssten Damentoiletten und –duschen zur Verfügung gestellt werden. Dadurch käme es zu Diskussionen, aber es gebe bereits die ersten Damentoiletten. Anfangs vermute man an diesen Stellen keine Diskussionsgründe, aber dennoch käme es im Alltag dazu.

Der aktuelle Stand des Projektes sei, dass Ziele gesetzt und auch erfüllt werden müssten. Der „Girls-Day“ sei bei den Mädchen sehr gut angekommen, aber es hätten nicht viele von ihnen Interesse an einer Ausbildung bzw. Beschäftigung.

Er sei zuversichtlich, dass am Ende des Projektes in der Technik mindestens zwei weibliche Führungskräfte beschäftigt seien, wenn nicht sogar drei. Im Bereich des Managements sei die Frauenquote sogar besser als die Gesamtfrauenquote.

Herr Reuß sei der erste Mann bei der Aurubis AG, der von Vollzeit für dreieinhalb Monate in die Elternzeit gegangen sei und in Teilzeit wieder angefangen hätte. Dies werde noch etwas skeptisch wahrgenommen, aber auch ein Beispiel dafür, dass es auch im Führungsbereich gelinge, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Zukünftig wolle man sich auf eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Stärkung der Kinderbetreuung und auf die Erreichbarkeit der Mitarbeiter/innen konzentrieren.

Auf Nachfrage von Frau Werbinsky teilt Herr Reuß mit, dass für dieses Ausbildungsjahr fünf Schlosser/innen bzw. Industriemechaniker/innen gesucht worden seien. Es habe aber nur eine Bewerberin gegeben und diese sei dann auch eingestellt worden. Lt. Statistik würden nur 5-7 Prozent Frauen technische Ausbildungsberufe ergreifen und somit könne man im Unternehmen nicht auf 20 Prozent Frauen kommen. Bei den Studiengängen sehe es ähnlich aus, dort gebe es eine Quote von 10-20 Prozent. Es sollte auch so sein, dass jeder selber entscheiden könne, welchen Ausbildungsberuf er bzw. sie ergreifen möchte.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert führt Herr Reuß aus, dass mit der deutschlandweit aktiven pme Familienservice GmbH ein Rahmenvertrag geschlossen worden sei. Die pme Familienservice GmbH betreibe eigene Kindergärten und –tagesstätten und würde Eltern zu den Themen Pflege, Familie und Kinder beraten. Sie führe auch die Notfallbetreuung durch und hier gebe es zwei Varianten.



Aber insgesamt gebe es keinen Rückgang der Fallzahlen von Frauen mit Migrationshintergrund, denn immer mehr hätten einen deutschen Pass, kämen aber ursprünglich aus einem anderen Land. Es gebe eine geringe Anzahl an zwangsverheiratete Frauen, es handele sich hier um zwei bis drei Prozent.

Auf Nachfrage von Frau Werbinsky teilt Frau Unger mit, dass nicht erklärbar sei, warum Frauen im Alter von 26 bis 40 Jahren am häufigsten betroffen seien.

Frau Unger bezieht sich auf eine Nachfrage von Herrn Bangert und führt aus, dass die Daten zum Schulabschluss durch Gespräche ermittelt wurden, anhand eines vorab angefertigten Fragebogens bzw. einer Tabelle.

Frau Unger setzt ihren Bericht fort und teilt mit, dass 69 Prozent der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen mehrfach betroffen seien. In der Frauen- und Mädchenberatungsstelle sei somit die Gewalt ein Themenschwerpunkt. Dieser teile sich in die Bereiche häusliche und sexualisierte Gewalt auf. Seit 2007 beteilige sich der Kreis Unna mit der Finanzierung einer zusätzlichen Vollzeitstelle in dem Schwerpunkt sexualisierte Gewalt. Diese sei in der gesamten Beratungsstelle verteilt worden und führe dazu, dass aus diesem Bereich einfach mehr Nachfragen beantwortet bzw. Frauen beraten werden könnten.

Die Beratungsstelle beschäftige sich zu 60 Prozent mit dem Thema Gewalt und die anderen 40 Prozent blieben für weitere Themenschwerpunkte, wie Trennungen, Scheidungen, Existenzsicherung, Armut, Bildung, Ängste, usw.

Zum 01.09.2013 solle der Zugang zum Online-Beratungsangebot erreichbar sein und von dort könnte die Betroffene dann einen Termin zur Online-Beratung erhalten. Für die Online-Beratung würden dann entsprechend geschulte Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen und hier werde das Vier-Augen-Prinzip angewandt, um Fehler vermeiden zu können.

Auf Nachfrage von Frau Werbinsky führt Frau Unger aus, dass kein starker Anstieg beim Cyber-Mobbing zu beobachten sei, aber es würden viele davon berichten. Hier sei wichtig, dass früh genug Informationen zum eigenen Schutz gegen Cyber-Mobbing weitergegeben würden und im Kreis Unna seien die Polizei sowie der Kinderschutzbund sehr aktiv.

Frau Unger teilt mit, dass in der teilstationären Einrichtung, FrauenRäume (9 Plätze) und Ambulant Betreutes Wohnen (6 Plätze), zurzeit 15 Frauen begleitet werden könnten.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert erörtert Frau Unger, dass die Bereiche Frauenhaus und Frauen- und Mädchenberatungsstelle häufiger von Sprachschwierigkeiten betroffen seien, als die Bereiche FrauenRäume und Ambulant Betreutes Wohnen.

Frau Unger erörtert zum Themenbereich der Frauenübernachtungsstelle, dass von den sechs angeführten Frauen, die vor der Aufnahme auf der Straße gelebt hätten, eine wieder auf der Straße lebt; diese Fälle kämen selten vor. Es gebe auch Fälle, in denen jemand der Wohnung verwiesen werden müsste. Auffällig sei, dass sich die Aufenthaltsdauer der Frauen in der Übernachtungsstelle verlängere und so Plätze „blockiert“ würden, die neue Nutzerinnen hätten in Anspruch nehmen können. Dies hätte im letzten Jahr zu der Diskussion geführt, ob eine Notschlafstelle für Frauen ohne Tagesaufenthalt erforderlich sei. Aktuell, somit im Mai 2013, seien die vorhandenen sieben Plätze belegt, davon sei eine Frau seit einem Monat, drei Frauen seit zwei Monaten, eine Frau seit vier Monaten, eine Frau seit sechs Monaten und eine Frau seit 13 Monaten dort. Die Frau die sich seit 13 Monaten in der Einrichtung befände, ziehe in Kürze aus.

In 2012 hätten 35 Frauen nicht aufgenommen werden können, wobei 12 von ihnen nicht aus dem Kreis Unna gewesen seien. Aktuell hätten bis zum 19. April 2013 bereits 15 Frauen nicht aufgenommen werden können.

Frau Unger teilt aufgrund einer Nachfrage mit, dass, soweit noch ermittelbar, zwei von diesen 15 Frauen nicht aus dem Kreis Unna gewesen seien.

Im letzten Jahr sei es ein großes Problem gewesen Wohnungen zu finden, denn die Voraussetzung für eine Förderung/Unterstützung durch den Landschaftsverband, teilstationär oder im Ambulant Betreuten Wohnen, sei das Vorhandensein eines Mietvertrages. Sobald er unterschrieben sei, müsse man innerhalb von zwei Monaten in die Wohnung ziehen können. In Einzelfällen sei es so gewesen, dass nach der Genehmigung des Hilfeplanes keine weiteren Schritte unternommen worden seien, da keine Umsetzung möglich gewesen wäre und somit hätten Begleitverfahren hinausgeschoben werden müssen, bis die Sozialarbeiterin in der Übernachtungsstelle eine Wohnung gefunden hätte.

Beim Ambulant Betreuten Wohnen würde jetzt bei jedem neuen Fall in sogenannte Fachleistungsstunden als Finanzierung umgestellt. somit müsse die Kollegin zukünftig im 10 Minuten-Takt – wie in der Pflege - notieren, was sie gearbeitet habe und müsse den Bericht von der Klientin unterschreiben lassen. Somit wird diese Kollegin aus zeitlichen Gründen dann keine Wohnungen mehr suchen können.

Frau Wentzek führt aus, dass es nicht sein könne, dass Sozialleistungen immer weiter erhöht würden, wenn im Grunde ein strukturelles Problem vorläge. Es müsse überlegt werden, ob der Kreis Unna in Wohnungen investieren sollte. Man könne nicht mehr Sozialarbeiterstunden finanzieren, weil es an Wohnungen mangle.

Auf Nachfrage von Frau Middendorf teilt Frau Unger mit, dass ein Kontakt mit allen Wohnungsbaugesellschaften bestünde, es würde im Internet recherchiert. Die Wohnungen seien häufig zu groß, denn die betroffenen Frauen seien meistens Singles. Häufig gebe es auch Schwierigkeiten mit der Zahlung der Mieten durch das Jobcenter und damit verbunden seien dann eben auch Kündigungen bzw. Wohnungsräumungen.

Frau Middendorf teilt mit, dass es bei der UKBS häufig gelinge, dass das Geld direkt zur Mietbegleichung eingezahlt würde. Die Mietausfälle seien dadurch geringer.

Frau Schröder erläutert, dass die Mietzahlungen ein großes Problem darstellen würden und hier der Gesetzgeber für entsprechende Änderungen sorgen müsste.

Daraufhin führt Frau Unger aus, dass die Frauen hier persönlich gefordert seien. Sie müssten daran denken zum Zeitpunkt X spätestens beim Jobcenter einen Folgeantrag zu stellen. Die Frauen würden begleitet und unterstützt, damit sie Selbstständigkeit und Selbstverantwortung lernen würden. Die Mietzahlungen würden ohne den entsprechenden Folgeantrag sofort ausbleiben. Es würde nun damit begonnen, die Frauen bei den Behördengängen zu begleiten und sie unterschreiben zu lassen, dass sie die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet haben.

#### **Punkt 4**

#### **Sachstand Frauenübernachtungsstelle; mündlicher Bericht**

##### Erörterung

Herr Sparbrod teilt mit, dass die Verwaltung sich bereits im letzten Jahr sehr intensiv mit dem Thema „Wohnungslose Frauen“ beschäftigt hätte. Es hätte mit allen Beteiligten der Wohnungslosenhilfe Gespräche gegeben und hier sei man auf eine Aktion der Stadt Dortmund gestoßen, auf das sogenannte „Intensiv-Wohntraining“.

Dort würde eine Hauswirtschafterin Frauen unterstützen, damit diese das Wohnen wieder lernen. Es hätte auch ein Besuch der Dortmunder Frauenübernachtungsstelle stattgefunden. Durch das „Intensiv-Wohntraining“ hätte die dortige Verweildauer der Frauen von 1-1,5 Jahren auf geringere Zeiten von 3-6 Monaten reduziert werden können. Darüber hätten viel früher Plätze freigezogen und zusammen mit der Wohnungswirtschaft Wohnungen gefunden werden können. In diesen Wohnungen würden die Frauen zu zweit wohnen, es fände eine Betreuung durch eine Hauswirtschafterin (halbe Stelle) statt.

Herr Sparbrod erläutert, dass sich die Frauen in Dortmund einen Tag nach der ersten Übernachtung in der Übernachtungsstelle bei der Stadt einen Berechtigungsschein abholen, gültig ist dieser bis zu einem Monat und er würde regelmäßig verlängert, sofern die Betroffene aus Dortmund stamme. Frauen aus anderen Regionen müssten sich nach einigen Tagen in ihrer Heimatstadt eine Unterkunft suchen, dies hinge mit der dortigen Kapazität und der Finanzierung zusammen.

Die gesamte Thematik müsse vernünftig überdacht und diskutiert werden und auch für Männer müssten entsprechende Hilfen angeboten werden. Hier müsse Kontakt zur Wohnungswirtschaft, überwiegend zur UKBS sowie zu den größeren Wohnungsgesellschaften im Kreis Unna, aufgenommen werden. In Dortmund seien 6 Wohnungen à 2 Personen angemietet worden. Hier sei gesagt worden, dass die Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden und somit würde die Miete über das SGB II übernommen. Im Übrigen sei eine Direktüberweisung an den Vermieter überhaupt kein Problem, natürlich verlasse man sich darauf, dass die Folgeanträge gestellt würden. Sofern dies nicht geschehe, würde die Zahlung generell eingestellt, das sei klar.

Bevor eine neue Einrichtung zur Übernachtung geschaffen würde, müsse versucht werden, die jetzigen Plätze mehr freizuziehen. Er sei schon immer der Meinung gewesen, dass freie Plätze vorrangig den Frauen aus dem Kreis Unna zur Verfügung gestellt werden müssten. Auch mit den Sozial- und Ordnungsbehörden sollten Gespräche geführt werden.

In Dortmund sei die Hauswirtschaftskraft an die Beratungsstellen für Wohnungslose angebunden/angesiedelt worden, weil sowohl die Themenbereiche Hauswirtschaft und Sozialarbeit betroffen seien.

Herr Sparbrod teilt abschließend mit, dass zunächst eine Gesprächsrunde stattfinden müsse und sofern sich der Kreis Unna für dieses Projekt entscheide, dann müsse über die Politik im Rahmen des Haushaltes 2014 entsprechende Schritte eingeleitet werden.

Frau Unger ergänzt, dass es beim Ambulant Betreuten Wohnen, bei der Umstellung zu Fachleistungsstunden keine Deckelung der Anzahl der Klientinnen mehr gebe; jetzt existiere eine halbe Stelle für 6 Personen und dies würde dann nicht mehr gedeckelt. Wenn es dann mehr Fälle gebe, könne personell aufgestockt werden, weil mit mehr Kundinnen auch mehr Geld verdient werden könnte. Hier hätte der Landschaftsverband aber dennoch Möglichkeiten für entsprechende Änderungen.

Herr Sparbrod teilt mit, dass generell beim Betreuten Wohnen, auch für Behinderte, der Kreis Unna immer beteiligt sei. Das Betreute Wohnen würde auch von Anderen mitfinanziert und insgesamt stünde hier der Kreis Unna ganz gut da. Die Möglichkeit zur Mitfinanzierung über Andere sollte in Anspruch genommen werden.

Auf Nachfrage von Frau Gebhard führt Herr Sparbrod aus, dass der Landschaftsverband als Zielgruppe diejenigen sehe, die auch die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen würden. Und diese Voraussetzungen könnten über das „Intensiv-Wohntraining“ erfüllt werden. Das Wohntraining gelte sowohl für Wohnungslose als auch zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit.

Frau Middendorf begrüße einen Gang in diese Richtung sehr, nicht nur vor dem Hintergrund der finanziellen Frage, sondern auch weil damit den Frauen eine gewisse Selbstständigkeit wiedergegeben werden könnte.

Herr Sparbrod ergänzt, dass es auch ein Ziel sein sollte, wenn Frauen alleine wohnen könnten, aber durch das Frauenforum keine Wohnung auffindbar sei, dann über die einzelnen Wohnungsgesellschaften zeitnah eine Wohnung finden zu können.

Frau Unger führt aus, dass in der Übernachtungsstelle im letzten Jahr von 18 Frauen am Ende noch 7 Frauen in der Einrichtung gewesen seien. Insgesamt seien davon 4 Frauen im Ambulant Betreuten Wohnen begleitet worden.

Herr Sparbrod ergänzt, dass demnächst ein neuer Mietwert von 50 Quadratmetern zugrunde gelegt würde und wenn man damit bei einem Single-Haushalt nicht auskäme, dann könne auf 55 Quadratmeter erhöht werden. Wenn auch dann nichts gefunden werden könnte, dann müsste man auch anderen Wohnraum akzeptieren.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert teilt Herr Sparbrod mit, dass für das „Intensiv-Wohntraining“ in Dortmund eine halbe Stelle für die Betreuung geschaffen worden sei. Es würden nur Personen über 25 Jahre betreut, weil dort die Grenze der Jugendhilfe sei und diese halbe Stelle sei ausreichend. Betreut würden in Dortmund 12 Personen. Er sei der Meinung, dass es keine neue ständige Einrichtung geben müsse, sondern es müsse für eine veränderte Umgangsweise Platz geschaffen werden.

Herrn Bangert erinnere das an ein Projekt an der Karl-Brauckmann-Schule, dort gebe es seit vielen Jahren eine Trainings-Wohnung, zumindest räumlich und personell gesehen. Dort würde mit 18 bis 25jährigen eingeschränkten erwachsenen Menschen trainiert.

Frau Unger teilt mit, dass in Dortmund Single-Wohnungen für jeweils 2 Personen angemietet würden, so dass auch eine Person nach dem Auszug der anderen Person weiterhin dort wohnen bleiben dürfte.

Herr Sparbrod fasst abschließend zusammen, dass zunächst die erforderlichen Gespräche geführt würden und sofern Einvernehmen erzielt würde. Danach trete er entsprechend an die Politik heran, ob im Sozialausschuss oder im Gleichstellungsausschuss. Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Ersan würde sowieso an allen Gesprächen beteiligt. Danach könne über die Gleichstellungsstelle die Einbringung in den Haushalt erfolgen.

Die Vorsitzende Frau Brossat begrüße das Projekt aus Dortmund auch und wünsche sich, dass im Hinblick auf den nächsten Winter in der Übernachtungsstelle freie Plätze geschafft werden könnten, um dort den entsprechenden Engpässen entgegenwirken zu können.

**Punkt 5    030/13            Jahresbericht 2012 des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Unna.  
e.V.**

Erörterung

Frau Brossat erläutert die Drucksache und bittet um Beachtung der angeführten Daten auf den Seiten 5 und 7. Sie erachte die Erhöhung des Zuschusses von 130.000 Euro auf 160.000 Euro als gut angelegt.

Frau Middendorf teilt mit, dass die Zahlen aus Fröndenberg durchaus auffällig hoch seien. Die Zahl der im gesamten Kreis Unna von sexueller Gewalt betroffenen 90 Mädchen erachte sie als erschreckend hoch und sie möchte wissen, ob hierzu eine Altersaufschlüsselung existiere.

